

EU nimmt sich die Schweiz zum Vorbild

STEUERN Das EU-Parlament hat die Luchtskaffäre aufgearbeitet. Es verlangt, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten Konzerne härter anfasseln. Und sie können von der Schweiz lernen.

Das Steuerrecht der EU muss angepasst werden... und zum Vorbild können sich die EU angeschlossen die Schweiz annehmen. Zu diesem Schluss kam Michael Thoma, ein Leiter des Bundesamtes für Steuern. Die Europäische Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

In der Kritik geriet dabei auch die Schweiz. Der Bundesrat und die Eidgenössische Kommission für Steuern haben sich gegen die EU-Entscheidung ausgesprochen. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

Bündel erwartet von Bern Toben

Das über einen Co-Reporteur Michael Thoma, ein deutscher FDP-Mitglied, der die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

Wichtig ist, dass die Schweiz... die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

«Klimaschutz» unter Beobachtung

Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

Es geht um 1 Billionen

Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

Michael Wasserfallen

Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet. Die Kommission hat die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten zur Luchtskaffäre aufgearbeitet.

Alte Jungstars hoffen auf den Sprung in die Exekutive

WAHLEN Das Parlament ist jünger geworden. Doch eine frühe politische Karriere birgt Risiken.

Die Jungen drängen ins Parlament: 184 Kandidatinnen und Kandidaten schicken allein die Jungsozialisten bei den eidgenössischen Wahlen vom Herbst ins Rennen. Mit 202 Nachwuchstalente versucht es der Jungfreisinn, die Junge SVP wird in 18 Kantonen mit eigenen Listen und über 160 Jungpolitikern antreten. Auch die Junge CVP kündigt einen Kandidatenrekord an.

Die Chancen, auf einer Jugend-Liste gewählt zu werden, sind klein – dennoch boomt «Politik als Beruf»: Schon heute liegt der Anteil der unter 40-jährigen Nationalräte bei 18 Prozent, und damit deutlich höher als in den letzten Jahrzehnten. Zu ihnen gehören die 39-jährige Schwyzer FDP-Nationalrätin Petra Gössi und ihr 36-jähriger Zuger Ratskollege Thomas Aeschi von der SVP.

«Deutsche Karrieren» nehmen zu

Politikberater Mark Balsiger beobachtet, dass die «deutschen Karrieren» in der Schweiz zunehmen. Immer mehr Nachwuchspolitiker setzen direkt nach dem Studium oder der Ausbildung aufs Pferd Politik – zu Lasten des Erwerbslebens. So gibt etwa der 29-jährige Aargauer Cedric Wermuth als Beruf «Nationalrat» an. Auch seine 30-jährige Berner Fraktionskollegin Nadine Masshardt konzentriert sich voll auf ihre politischen Ambitionen. Schaut man sich die berufliche Zusammensetzung der Räte an, dominieren die Profipolitiker: 36 National- und 18 Ständeräte üben eine «politische Tätigkeit» aus. Für Walter Stüdeli, der in seiner Kommunikationsagentur auch Kampagnen für Politiker anbietet, eine «Hochrisiko-Strategie»: «Ich rate jedem, so lange wie möglich im Beruf zu bleiben», sagt er. Dem schliesst sich auch Balsiger an: «Jede politische Karriere in der Schweiz ist auf Sand gebaut. Daher braucht man unbedingt einen Plan B», sagt er. Denn während früher das National- oder Ständeratsmandat die Krönung einer politischen Karriere war, muss sich Alternativen für die zweite Hälfte des Arbeitslebens überlegen, wer das nationale Parkett schon mit Anfang 20 betritt. Die Chance, noch einen draufsetzen zu können und etwa Bundesrat zu werden, ist verschwindend gering.

Absprung muss geplant sein

Nicht jedem gelingt der Absprung so gut wie der ehemaligen SP-Fraktionspräsidentin Ursula Wyss, die 1999 mit 26 Jahren in den Nationalrat einzog und

ihn 2013 wieder verliess – kurz bevor sie dazu gezwungen worden wäre. Wyss war wie viele SP-Mitglieder mit einem weiteren Stolperstein konfrontiert: der Amtszeitbeschränkung. Zehn Kantonalsektionen kennen eine solche. Für die Berner Genossen beispielsweise sind vier Legislaturen genug. Wyss plante ihre Karriere clever, wurde in die Stadtberner Regierung gewählt und gilt als aussichtsreiche Anwärterin auf das Amt der Stadtpräsidentin.

Doch das funktioniert nicht immer, wie das Beispiel von CVP-Präsident Christophe Darbellay zeigt. Der wurde zwar erst mit 32 in die Grosse Kammer gewählt, steht aber nun, mit 44, vor dem politischen Nichts. Auch ihn hindert eine Amtszeitbeschränkung der CVP Unterwallis daran, länger im Nationalrat zu bleiben. Und in den Staatsrat seines Heimatkantons hat er es nicht geschafft. Er will es nochmals versuchen, muss aber warten, die nächsten kantonalen Wahlen finden erst in zwei Jahren statt.

Exekutivämter sind gefragt

Auf die deutsche Art Karriere gemacht hat auch die Bernerin Evi Allemann. Die Sozialdemokratin wurde 2003 direkt nach dem Jus-Studium in den Nationalrat gewählt und steht wegen der Amtszeitbeschränkung nun vor ihrer letzten Legislatur. «Nach den Wahlen werde ich mir zwei Jahre Zeit geben, um zu entscheiden, wohin es in Zukunft mit mir gehen soll», sagt sie. Sie sei sich bewusst, dass sie und andere Jungstars mit ihren Biografien Neuland betreten. Was wird sie tun? Wird sie 2018 für den Berner Regierungsrat kandidieren? «Ein Exekutivamt würde mich durchaus reizen», sagt Allemann. Allerdings müssten die Voraussetzungen stimmen. Was unter anderem heisst, dass es eine Vakanz bei einem SP-Sitz geben müsste. Unmöglich ist das nicht: SP-Baudirektorin Barbara Egger-Jenzer unterliegt der Amtszeitbeschränkung und wird wohl 2018 aufhören. Und wenn das nicht klappt? «Ich brauche das öffentliche Scheinwerferlicht nicht und kann mir auch gut vorstellen, im Hintergrund zu arbeiten», sagt Allemann.

Früher hat vor allem die politische Linke den Nachwuchs gefördert, daher spüren derzeit insbesondere SPler die Kehrseite der Jungpolitiker-Medaille. «Mehr und mehr trifft das Problem aber auch Mitte- und bürgerliche Politiker», sagt Walter Stüdeli. Die Beispiele sind zahlreich: Der Berner Christian Wasserfallen macht Politik, seitdem

er 19 ist. Und auch die Polit-Stars der SVP sind jung: Natalie Rickli, Lukas Reimann – und nicht zuletzt Parteipräsident Toni Brunner, der immer noch der jüngste jemals gewählte Nationalrat

ist. Der denkt auch nach 20 Jahren in der Grossen Kammer noch nicht ans Aufhören: «Die kommende Legislatur wird die spannendste meiner Karriere», ist er überzeugt. Bis ins Pensionsalter

werde er aber sicher nicht bleiben. «Ich kann mir ein Leben ohne Politik gut vorstellen.» Er habe immer noch seinen Hof, auf dem er wieder voll einsteigen könne. Bundesrat oder Regierungsrat zu werden, schliesst er kategorisch aus.

Es braucht eine Langzeitstrategie

Anders als Natalie Rickli und Christian Wasserfallen. Beide könnten sich wie Allemann den Wechsel in ein Exekutivamt gut vorstellen. «Eine Kandidatur für den Winterthur Stadtrat oder als Ständerätin kämen zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht in Frage», sagt Rickli. Wenn das nicht klappe, gehe die Welt aber nicht unter. «Ich habe immer parallel zur Politik in der Privatwirtschaft gearbeitet. Darum mache ich mir keine Sorgen über meine Zukunft.»

Christian Wasserfallen, der in einem 20-Prozent-Pensum arbeitet und zudem zwei Verwaltungsratsmandate sowie weitere Ämter ausübt, will ebenfalls nicht bis 65 im Nationalrat sitzen. «Natürlich braucht man immer wieder neue Herausforderungen», sagt er. Daher möchte er sich für das Amt des FDP-Fraktionschefs bewerben, das mit dem Rücktritt von Gabi Huber frei wird. «Auch ein Exekutivamt ist interessant, dafür muss aber einiges stimmen.» Dafür sorgt er vor und pflegt die Beziehungen zur FDP-Basis. Kantonale Delegiertenversammlungen sind für ihn ebenso Pflicht wie der regelmässige Kontakt zu den Stadtsektionen.

«Vorbildlich», findet Balsiger. «Gerade junge Politiker brauchen eine Langzeitstrategie für ihre Karriere.» Und den Hunderten Kandidaten auf Jugend-Listen gibt er noch einen Tipp: «Politik soll wichtig sein, aber nicht zum Lebenssinn werden.» Zumindest da besteht für Evi Allemann keine Gefahr: Sie erwartet in diesen Tagen ihr zweites Kind.

SERMİN FAKI
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch

Von links: Natalie Rickli (SVP), Christian Wasserfallen (FDP) und Evi Allemann (SP).
Keystone/Gaetan Bally

